

# Vivant-Fraktion zur Coronakrise: „Eine Debatte war unerwünscht“

PARTEI

20.04.2023 um 16:57 Uhr

Es ist hinlänglich bekannt, dass die Coronakrise das körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden der Menschen im Land beeinträchtigt hat. Mit Folgen, die bis heute spürbar sind. In den Augen der Vivant-Fraktion im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft möchten viele Politiker im Land und darüber hinaus nach Jahren der Krise nun zur Tagesordnung übergehen. Vor diesem Hintergrund richten die Abgeordneten einen 111 Seiten starken Resolutionsvorschlag „zur Evaluierung der Legitimitätsfrage der Maßnahmen zur Corona-Pandemie und zum Umgang mit etwaigen zukünftigen Pandemien“ an verschiedene Regierungen sämtlicher institutioneller Ebenen. Es gehe darum, aus den Fehlern, die während der Coronakrise gemacht worden seien, für die Zukunft zu lernen.



Illustrationsfoto: picture alliance/dpa

Die Corona-Schutzmaßnahmen seien lange als alternativlos angesehen worden, mittlerweile würden selbst Befürworter erkennen, dass manche Maßnahme zu weit ging, erklärt die Vivant-Fraktion in einem Kommuniqué.

Die Politiker fassen vor diesem Hintergrund ihre Positionen zusammen, die sie in der einen oder anderen Form seit mehr als drei Jahren im Zusammenhang mit der Coronakrise nach vorne bringen.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse, die teils unbequem seien, würden oft ignoriert. Beispiele seien etwa die Unnötigkeit von Schulschließungen. So seien nur auserlesene Wissenschaftler gehört worden. „Eine Debatte war unerwünscht“, so Vivant. Ein gern von den Abgeordneten genutztes Narrativ, der Vorwurf der Panikmache, findet sich ebenfalls in dem neuerlichen Vorstoß der Fraktion wieder. Auch seien asymptomatische Infizierte keine Ansteckungsquelle gewesen. Der PCR-Test sei wissentlich falsch eingesetzt worden.

„Corona war nur für bestimmte Menschen gefährlich, aber man sperrte alle ein. Auch Kinder“, heißt es weiter. Weiter hält Vivant an seiner Position fest, es habe kaum Übersterblichkeit in der DG in Belgien gegeben. Generell hätten die meisten Maßnahmen kaum zu Eindämmung der Pandemie beigetragen. Schließlich hebt Vivant hervor, dass die „natürliche Immunabwehr“ nicht gestärkt worden sei. „Nur Impfung sollte Immunität schaffen“, so Vivant. Außerdem seien mit dem Covid Safe Ticket „Menschen zweiter Klasse“ geschaffen worden.

Vor diesem Hintergrund stellt die Vivant-Fraktion zwölf Forderungen auf, die ihrer Ansicht nach den Umgang mit Pandemien und das Gesundheitswesen verbessern zu können:

– Wiedereinführung der Pandemieplanungsrichtlinien von vor 2020 und Evaluierung der Maßnahmen seitdem. „Die Coronapandemie hat in der Tat gezeigt, dass die Kollateralschäden den Nutzen um ein Vielfaches übersteigen“, erklärt die Vivant-Fraktion in diesem Zusammenhang.

- Sachliche und beruhigende Kommunikation zur gesundheitlichen Lage, ohne Angst- und Panikmache.
- Aufklärung über Bedeutung und Stärkung des Immunsystems.
- Stärkere Integration von Hausärzten in Frühbehandlung und objektive Kommunikation über Medikamente und Therapien. So würden die Krankenhäuser entlastet.
- Abkehr von Massentests gesunder Menschen, Rückkehr zu Diagnose von Atemwegserkrankungen bei Personen mit Symptomen. PCR-Tests seien „nicht dazu geeignet, Krankheiten bei ansonsten gesunden Menschen zu diagnostizieren“.
- Normales Leben für gesunde Menschen ohne ständigen Verdacht, krank zu sein.
- Aufhebung der Maskenpflicht, da sie psychologisch und physisch schädlich seien und kein nachgewiesener Nutzen bestehe.
- Abkehr von der Idee, dass Massenimpfungen während einer Pandemie diese beenden.
- Beendigung der Corona-Impfung von Kindern und Jugendlichen, da keine „medizinischen, logischen oder ethischen Argumente“ bestehen.
- Begrenzung der Einflussnahme der Pharmaindustrie und Rückkehr zum Zulassungsverfahren für Medikamente und Impfstoffe vor 2020.
- Rückkehr zur Verfassung und Menschenrechten, besonders in Krisenzeiten.
- Verstärkte Finanzierung und Erforschung von Behandlungsmöglichkeiten statt Fokus auf Impfungen.
- Abschließend fordert Vivant eine Reform des belgischen Gesundheitswesens, das auf Vorsorge und Gesundheitserhalt ausgerichtet ist. Außerdem sollten die EU-Mitgliedstaaten selbst über den Umgang mit Pandemien entscheiden können. (red/svm)

